

Vereinigte Ministerpräsidenten

Moskauer Schatten

Hinter den wuchtigen Doppeltüren des Wiesbadener Schlosses, das nach notdürftiger Wiederherstellung den hessischen Landtag beherbergt, berieten die sechs Ministerpräsidenten der Vereinigten Zonen über Hausbrand, Kleidungsversorgung, Seife und Nähmittel.

Wenigstens wird das in dem Kommuniké gesagt, das am Schluß des Montags-Treffens herauskam. Generalsekretär und Länderbevollmächtigte beim Länderrat sowie der Bremer Senatspräsident Kaisen nahmen an den Besprechungen teil. Hamburgs Max Brauer hatte abgesagt, weil er zu Hause dringend benötigt werde.

Vor dem Schlosse standen mit wilhelminischer Strenge und Würde Polizisten der hessischen Landesregierung. Kein Minister gab einem Presseemann Auskunft, lediglich der Pressereferent des Staatsministeriums, Fritz Barsch, teilte mit, daß sich die Konferenz mit der Zwei-Zonen-Organisation und den künftigen Aufgaben der deutschen Verwaltung beschäftigt habe. In den nächsten Wochen sollen die Ministerpräsidenten mit den Leitern der Zweizonenämter zusammenkommen, um die Zuständigkeiten zu klären.

Nach Vereinigung der britischen und amerikanischen Zone hatte nämlich General Clay erklärt, die bizonalen Institute sollten das Recht haben, bindende Entschlüsse zu fassen, für deren Durchführung die Länderregierungen verantwortlich sind.

Inzwischen haben die Länder der amerikanischen Zone aber festgelegt, daß ihre Vertreter in den bizonalen Organen den Weisungen der Länderregierungen unterworfen sind. Die gleichen Voraussetzungen sind jedoch für die Vertreter des britischen Gebiets noch nicht gegeben, da die dortigen Länderregierungen von den Landtagen nicht bestätigt, sondern lediglich von der Militärregierung eingesetzt sind.

Es wurde deshalb von den Vertretern Bayerns und Hessens zum Ausdruck gebracht, daß die einzigen Stellen, die Rechtssatzungen erlassen können, die Parlamente sein müssen, so daß die Beschlüsse

bizonaler Organe noch einer Bestätigung durch die Länderparlamente bedürfen.

Die Folge der Wiesbadener Geheimnisträgerei, die mit staatspolitischen Gründen erklärt wurde, war ein wildes Rätselraten. Asso-Press gewann mit Abstand: die Agentur wußte auf einmal, daß die sechs Ministerpräsidenten bereit seien, für beide Zonen ein Parlament zu schaffen, falls auf der bevorstehenden Außenministerkonferenz in Moskau keine Einigung über die Bildung einer deutschen Regierung erzielt werden sollte.

Gleichzeitig meldete AP, daß die Konferenz beschlossen habe, keine Vertreter nach Moskau zu entsenden, falls die Länder der beiden Zonen dazu aufgefordert werden sollten.

Der Berliner „Nachtexpress“ (russisch lizenziert) trumpfte auf. „Es ist eine Tatsache, daß deutsche Ministerpräsidenten bereit sind, unser Land aufzuteilen.“ Was die Weigerung angehe, den Friedensvertrag zu unterschreiben, so sei sie nicht sehr ernst zu nehmen.

Der hessische Ministerpräsident Christian Stock, der in Wiesbaden präsierte, gab ein Dementi. Ueber die mutmaßliche Situation nach der Moskauer Konferenz sei nicht gesprochen worden. Sein Pressereferent Barsch dagegen ließ im Gespräch mit ihm bekannten Journalisten durchblicken, daß tatsächlich die nach Moskau zu erwartende Situation erörtert wurde. Dabei wurde auch diskutiert, wer die Länder der beiden Zonen in Moskau vertreten solle.

Man glaubt in Wiesbaden, daß sowohl Stocks Dementi als auch beide AP-Meldungen nicht den Tatsachen entsprechen. Man glaubt ferner, daß sich die Länderchefs nicht darüber einigen konnten, wer gegebenenfalls nach Moskau gehen sollte.

Dr. Fritz Eberhard (ohne Bart), der in Württemberg als Staatssekretär für Fragen des Friedensschlusses mit Deutschland eingesetzt ist, versicherte offiziell, ein Sonderausschuß im Zusammenhang mit der Behandlung der Deutschland-Frage auf der Moskau-Konferenz sei in Wiesbaden nicht eingesetzt worden. Hinsichtlich dieses Punktes erfuhr man, daß eine Zentralleitstelle, Sitz Frankfurt am Main, beschlossen wurde, deren Aufgabe es ist, Vorbereitungsarbeiten für den Friedensvertrag zu leisten.

Das Loch im Westen

Quer durch den Kreis Trier

Nur noch mit dem gültigen „Laissez passer“ können seit dem 15. Februar Reisende die Grenze des erweiterten Saar-gebiets westlich Trier überschreiten. Der durchgehende Zugverkehr ist völlig eingestellt.

Mit einem Schlag gingen die Schlagbäume nieder. Vorher war nichts angekündigt worden. Die Ausgabe der Passierscheine kommt aber nur sehr langsam in Gang. So gab es plötzlich auf beiden Seiten der Grenze lange Gesichter und ein ziemliches Durcheinander. Zahlreiche Trierer Betriebe warteten vergeblich auf ihre im Saargebiet wohnenden Arbeiter. In Triers Höheren Schulen blieben viele Bänke leer.

Die Grenze geht nämlich mitten durch das Trierer Gebiet. Schon die Vororte Konz und Karthaus sind dem erweiterten Saargebiet zugeschlagen.

Als bald entwickelte sich eine Art „grüner Grenzverkehr“. Auch diese Grenze hat, wie jede andere in Deutschland heute, ihre Löcher. Das Schlagwort vom „Eisernen Vorhang Nr. 2“ tauchte sofort auf. Es war dem 82jährigen Kommerzienrat Wilhelm Rautenstrauch, Führer der Liberalen Partei von Rheinland-Pfalz, in den Mund gelegt worden. Er hat inzwischen wiederholt erklärt, den Ausspruch nicht getan zu haben. Er entspreche auch nicht seiner Ansicht.

Ein Teil des Landkreises Trier droht völlig von der Umwelt abgeschnitten zu werden. Durch die Grenz-Unterbrechung der Bahnlinie Saarbrücken-Bingerbrück ist das Hochwaldgebiet von Hermeskeil gleichsam in eine Sackgasse geraten. Für die Hermeskeiler gibt es nun weit und breit keinen Bahnschluß mehr. Die Eisenbahn will eine Autobuslinie einrichten. Wenn Autobusse verfügbar sind. Und wenn Benzin zugeteilt wird.

Verräter im Bischofspalais

Die Gestapo wußte es besser

Der Vatikan hat den Schweizer Prälaten Oesch als päpstlichen Sondergesandten nach München geschickt. Er verhandelt seit Tagen wegen der Person des Weihbischofs Dr. Anton Scharnagl, der beschuldigt wird, ein Gestapo-Spitzel gewesen zu sein.

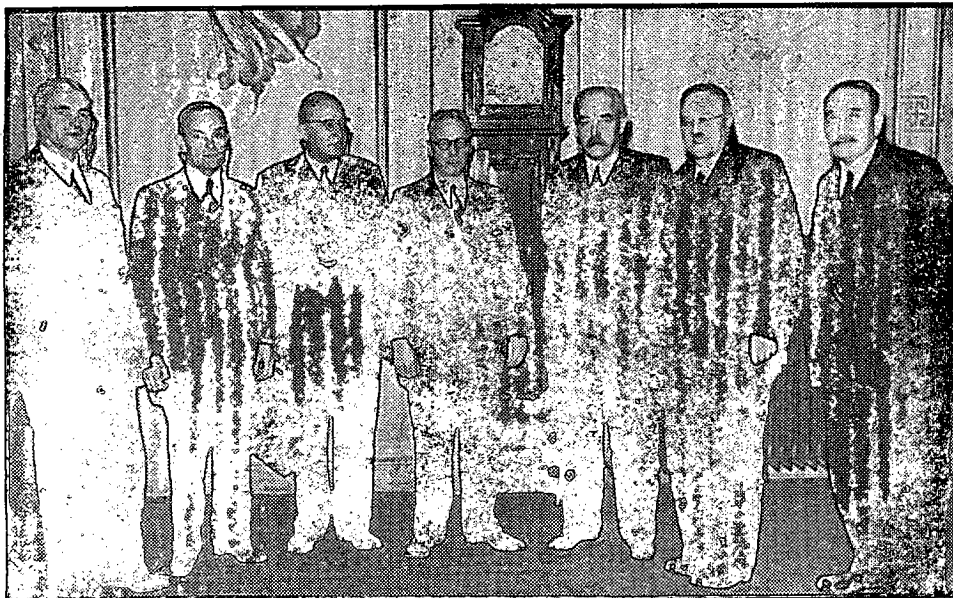
Im Jahre 1933 mußte der damalige Prälat seine politische Tätigkeit als Landtagsabgeordneter der Bayrischen Volkspartei einstellen, da die Nazis alle Parteien verboten hatten.

Dr. Scharnagl, ein Bruder des derzeitigen Münchner Oberbürgermeisters Karl Scharnagl, wandte sich nunmehr geistlichen Aufgaben zu. Als die katholische Kirche 1934 ihr Konkordat mit Deutschland geschlossen hatte, ersuchte Dr. Anton Scharnagl seine Kirchenbehörde, ihm als Anerkennung für seine Verdienste um das Konkordat den Rang eines Weihbischofs zu verleihen.

Jedoch gingen damals schon dunkle Gerüchte um, der Prälat unterhalte ein Liebesverhältnis mit seiner Sekretärin aus der Landtagszeit, der geschiedenen Frau E. W.

Dr. Anton Scharnagl, vor seiner Ernennung zum Weihbischof zu dem Generalvikar Dr. Buchwieser berufen, wies alle diese Gerüchte als völlig haltlos zurück und beteuerte seine Unschuld. Man glaubte ihm, und aus dem Prälaten wurde ein Weihbischof.

Die Gestapo wußte es besser. Zwar konnte sie nicht einwandfrei beweisen, ob



Nord und Süd gemischt: v. l. n. r. Steltzer (CDU, Schleswig), Ehard (CSU, Bayern), Amelunxen (dem Zentrum näherrückend, Nordrhein), Stock (SPD, Hessen), Kopf (SPD, Niedersachsen), Maier (DVP, Württemberg), Kaisen (SPD, Bremen)

die beiden Kinder der Frau W. Sprößlinge des Scharnagl seien, aber daß er engstens mit ihr liiert war, wußte sie sehr genau. Die Gestapo setzte ihre Daumenschrauben in Tätigkeit, und der Weihbischof wurde unter Druck gesetzt. Man stellte ihn vor die Wahl: entweder ein Riesenskandal mit Veröffentlichung pikanter Einzelheiten oder — die Gestapo bekam regelmäßig Berichte aus dem erzbischöflichen Palais in München. Dr. Scharnagl entschied sich für den Verrat.

Regelmäßig wanderten nun Briefe, die vom Vatikan streng vertraulich an das erzbischöfliche Ordinariat gegangen waren, in die Hände der Gestapo. Jahrelang war die Gestapo glänzend informiert, und niemand wußte, daß ein Verräter im Hause saß. Frau E. W. hatte mittlerweile einen Posten als Sekretärin am kanonischen Ehescheidungsgericht bekommen.

Nach dem Zusammenbruch 1945 verdichteten sich die Gerüchte um die Person des Weihbischofs immer mehr. Die Kriminalpolizei München befaßte sich mit dem Fall. Alle Verhöre wurden auf Schallplatten aufgenommen. Bis vor wenigen Tagen saß Dr. Scharnagl in bischöflichem Arrest Fürstenried bei München.

Man entließ ihn, nachdem das Ergebnis der Untersuchungen keine Verdunklungsgefahr befürchteten ließ. Der Kardinalerzbischof von München, Dr. Michael Faulhaber, wußte ebensowenig wie seine Umgebung von dem jahrelangen Verrat seines Weihbischofs.

Regenbogen über Ruinen

Denn nur einmal im Jahr . . .

Das rheinische Klima ist dem Optimismus am bekömmlichsten. Die Stadt Köln zum Beispiel sagt, Optimismus und Ziegelsteine seien das, womit sie ihren Wiederaufbau betreibt.

In der vergangenen Woche wurde am Rhein von Essen über Düsseldorf, Köln-Dülken, Aachen, Koblenz bis Mainz der heitere Regenbogen des Optimismus gespannt. Die Rheinländer feierten Karneval: Fastelovend oder Fasteleer, wie sie in Köln, Fastnacht wie sie in Mainz, Fasching, wie sie in München sagen.

Die Kölner Stadtverordneten hätten zwar (einstimmig) verlauten lassen, die Bevölkerung möge Maß halten und auf der Stelle treten. Aber die humorlosen Engländer hatten mehr Humor als die Kölner Stadtverordneten. Die Militärregierung erteilte das kleine Permis und erklärte, daß gegen das übliche Karnevalstreiben im Regierungsbezirk Köln nichts einzuwenden sei. Bedingung: Von 18 Uhr bis Tagesanbruch dürfe keine Maske getragen werden.

Noch-Besitzende und Habenichtse gaben sich an den närrischen Tagen vom 13. bis 18. Februar ein Stelldichein. Alle Veranstaltungen waren in doppelter Hinsicht brechend voll. Batterien von Flaschen standen umher, in Koblenz schamhaft unter den Tischen, in Köln, der Hochburg, frank und frei darauf. Mit Rübenschnaps aus der Kompensation. Es wurde geschurkelt wie in alten Zeiten, „geknutscht“ und „gebützt“ wie einst, denn der Karneval entrichtet Eros seinen Zoll.

Die Turbulenz war allgemein, selbst bei den engsten Familienfeiern. Die Wogen gingen hoch, verwandelt und verklärt war die 98. Zuteilungsperiode und was mit ihr zusammenhängt. Hunger, Elend, Jammer und Ruinen wurden zur Philosophie gestempelt, und das Motto schmetterte vielschichtig über den Strom des Abendlandes, dessen Untergang bekanntlich vorausgesagt ist: „Denn einmal nur im Jahr ist Karne-



Narrenwelt 1947
Heizmaterial war mitzubringen

val, ist Karneval am Rhein . . .“ Das Rheinland wird nicht untergehen, sagen die Kölner.

190 Minuten widmete am Rosenmontag und Fastnachtsdienstag der Nordwestdeutsche Rundfunk dem Karneval, 390 der Koblenzer Konkurrenzsender. Den Nordwestdeutschen, will sagen, den Hamburger Sender stellen sie im Rheinland ab. Sie sagen: Die Hamburger haben keine Ahnung von der Mentalität des Westens. Der Hamburger Sender spielte am Karnevals-Samstagabend ein großes Sinfoniekonzert.

Die Mainzer zogen alle Register der Narretei. Der „Rheinische Merkur“ schrieb darüber, daß er (der Karneval) „sich vom Kirsch nur jenen rosa Schaum holt, der so unnachahmlich süß schmeckt, wenn er richtig geschlagen wird. Er ist fern der Blasphemie und kokettiert nicht mit der Träne“. Der Mainzer Oberbürgermeister Dr. Kraus stieg selbst in die „Bütt“ und versuchte, etwas rosa Schaum zu schlagen.

In Koblenz bekam Oberbürgermeister Schnorbach den „Interzonenorden“. Auch er stieg in die „Bütt“. Man hörte, daß voraussichtlich in zehn Jahren das Gipsmodell vom Wiederaufbau Koblenz fertig sei. Die Teilnehmer saßen mit hochgeschlagenem Mantelkragen dabei. Bei 10 Grad unter Null umschwebte das leichtgeschürzte Amazonenkorps den Eiferrat, der richtigen Wein trank.

Es sei natürlich ein bodenloses Mißverständnis, so sagte der „Rheinische Merkur“, im rheinischen Karneval lediglich eine Art von Großamusement zu sehen. Wer sich amüsieren wolle, etwa im Sinne einer Großstadt wie Berlin, lasse sich amüsieren. Der Karneval aber verlange vom Menschen eine Verwandlung, ein aktives Mittun und Hingabe. Ja, in ihm finde das Erdhafte, das Heidnische im Menschen seinen Ausdruck. Es werde für das ganze Jahr gewissermaßen entdämonisiert.

Die „Entdämonisierten“ suchten am Aschermittwoch vergeblich nach einem sauren Hering.

Die „junge Stadt“ wurde vorstellig

Strasser mißtraut den Parteien

In München haben die ehrwürdigen Stadtväter ein Konkurrenzunternehmen bekommen. Unter der Leitung des amerikanischen Jugendoffiziers, Mr. Hans Thomsen, hat sich die Münchner Jugend ein eigenes Parlament geschaffen und — nach demokratischen Wahlen — einen eigenen Stadtrat gebildet. Kein Abgeordneter darf über 24 Jahre alt sein.

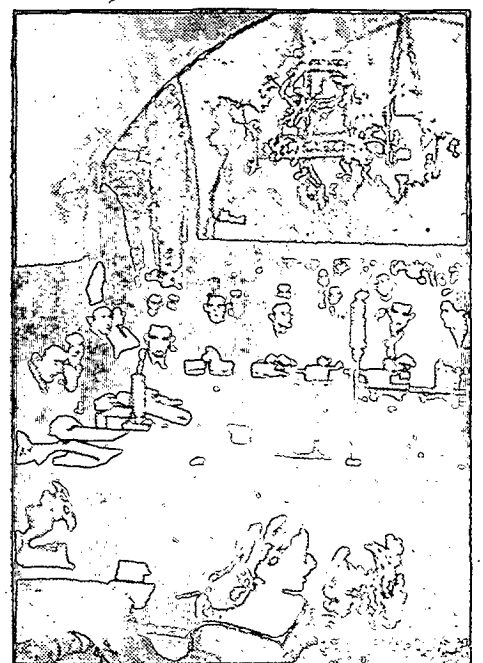
Der Bürgermeister ist der 22jährige Student Helmut Strasser, ein amnestierter Hitlerjunge. Er erklärt, er habe ein starkes Mißtrauen gegen alle politischen Parteien.

Der junge Stadtrat ging mit vollem Dampf an verschiedene Aufgaben heran und erklärte eines Tages triumphierend über Rundfunk und Presse, daß ihm etwas gelungen sei, woran der „echte“ Stadtrat schon seit Wochen und Monaten vergeblich gearbeitet habe.

Es handelt sich dabei um einen von der UNRRA beschlagnahmten Wohnblock, um dessen Freigabe der Münchner Stadtrat sich schon seit mehreren Wochen intensiv bemüht hatte. Tatsächlich fiel denn auch die Entscheidung der Militärregierung, kurz nachdem die „junge Stadt“ durch Abgesandte bei dem Münchner Stadtkommandanten vorstellig geworden war.

Die selbstbewußten Reden des jungen Stadtrats ließen Oberbürgermeister Karl Scharnagl nicht ruhen. Er wandte sich in einer scharfen und nicht sehr humorvollen Erklärung gegen seinen jungen „Kollegen“, dem er genau nachwies, wieso und warum einzig und allein die „alte“ Stadt die Freigabe der Wohnungen erreicht habe.

Die ganze Angelegenheit bekam dadurch einen etwas lächerlichen Anstrich, und der Stadtkommandant von München, Oberstleutnant Kenny, ließ sich Stadtvater und -sohn kommen und las ihnen die Leviten. Die Münchner aber waren froh, daß sie 500 Wohnungen mehr hatten. Durch wen, war ihnen gleich.



Höchsteralter 24 Jahre
Sie tun es den Alten zuvor